



BÜRGERALLIANZ

Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Pressemitteilung

Pößneck, den 14.09.15

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung unserer Pressemitteilung.
Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Bürgerallianz Thüringen ist enttäuscht vom Vorschlag der Landesregierung

Mit einer Mahnwache am 09.09.2015 vor dem Thüringer Landtag hat die Bürgerallianz Thüringen die Fraktionen der Koalition zum Dialog aufgefordert. Etwa 50 Vertreter aus Bürgerinitiativen ganz Thüringens machten der neuen Landesregierung deutlich, dass sie sich mit dem Ernst der Lage auseinandersetzen und endlich die Ungerechtigkeit bei Kommunalabgaben beenden soll. Unterstützung gab es von Rainer Bonin VDGN Thüringen und dem Landesbeisitzer Hessen Udo Wallbach des Allgemeinen Vereins für gerechte Kommunalabgaben Deutschland (AvgKD). Beide Vereine setzen sich, wie die Bürgerallianz Thüringen, für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein. Der Vorsitzende der Bürgerallianz Wolfgang Kleindienst forderte die Fraktionen der Koalition zum Dialog auf und machte deutlich, dass man von den bisherigen Ergebnissen der Gespräche mit dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) zur Thematik Rückwirkung und Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen (SAB) für betroffene Bürger schwer enttäuscht ist. Das TMIK hatte am 27. August 2015 zu einer weiteren Beratung, an der auch Landtagsfraktionen und andere Interessenvertreter teilgenommen hatten, verkündet, an der bisherigen Beibehaltung der Erhebung von SAB festzuhalten und lediglich in 2016 über eine mögliche Änderung der Rückwirkung weiter zu diskutieren. Diese Empfehlung an die Landesregierung ist für uns inakzeptabel und ein „Schlag ins Gesicht“ für alle Betroffenen von Straßenausbaubeiträgen in Thüringen, so der Landesvorsitzende der Bürgerallianz Thüringen Wolfgang Kleindienst. Die Teilnehmer der Mahnwache fordern die Koalitionsparteien der Landesregierung und die Opposition auf, dem bisherigen Vorschlag der Landesregierung nicht zuzustimmen. Die Linke und Bündnis90/Die Grünen wurden an ihr Wahlversprechen erinnert, die SAB abzuschaffen und aufgefordert, das Versprechen nicht der ablehnenden Haltung der SPD zu opfern. Nicht hinzunehmen ist auch das Taktieren bei der Rückwirkungsregelung für SAB auf dem Rücken der Beitragszahler und Kommunen. Vor einer Diskussion über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen muss aus unserer Sicht noch 2015 dringend die Rückwirkung dieser Beiträge durch den Thüringer Landtag geändert werden. Dabei verlassen sich hunderttausende betroffene Thüringer auch auf das Wort des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. In der Osterländer Volkszeitung vom 08.12.14 kritisierte er die rückwirkende Regelung von Straßenausbaubeiträgen bis 1991 durch die letzte Landesregierung. Er sagte wörtlich: „Das halten wir für verfassungswidrig und da muss zügig etwas geschehen“. Der Ministerpräsident wird aufgefordert, sein Wort noch in 2015 zu halten.

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst
Landesvorsitzender